

Wahlkampf: Werbung und Wirklichkeit

Es ist jammerschade, dass nur mehr alle fünf Jahre eine Nationalratswahl stattfinden soll. Kurz vor der Stimmabgabe schütten die Wahlwerbenden das Füllhorn der finanziellen Wohltaten über der Bevölkerung aus.

Für praktisch Jeden ist etwas dabei. Man ist verwirrt. Am besten, so scheint es, wäre wohl alle Parteien zusammen zu wählen. Doch man muss auswählen. Um das treffsicher tun zu können sind die Antworten auf drei Fragen notwendig.

Erstens: **Was ist der wirkliche Inhalt einzelner Wahlversprechen?**

Hier fällt auf, dass **einzelne Verbesserungsvorschläge nur die Verfestigung der Verschlechterung sind**. So notwendig auch das Fortführen der so genannten „Hacklerregelung“ ist- insgesamt geht die Kürzung der Pensionen durch automatisierte gesetzliche Maßnahmen weiter. So notwendig die Erhöhung von Familienbeihilfe und Kindergeld auch ist- die vorgeschlagene Anhebung ersetzt nicht einmal die Hälfte des Inflationsverlustes seit der letzten Erhöhung. So wichtig der Verzicht auf den Vermögenszugriff bei Pflegefällen ist- er betrifft nur eine winzige Minderheit der Fälle. Die Unterstützung für Arbeitslose hat inzwischen real vier Prozent an Wert verloren. Alles in allem: die automatische Inflationsanpassung aller Unterstützungsleistungen ist notwendig. Und da ist noch gar nicht von einer Verbesserung die Rede, sondern nur vom Aufhalten von Verschlechterungen.

Zweitens: **Wer wird das bezahlen?** Die Summe aller Wahlversprechen kostet zwischen sechs und acht Milliarden Euro. Wir kennen die Wege der Vergangenheit. Entweder wurden die aufgebrachten Mittel durch soziale Sparmaßnahmen anderswo im Budget ersetzt. Die Pensionskürzungen der Jahre 2000 bis 2004 entsprachen dem Volumen der Steuersenkung 2004/2005. Oder den Wahlversprechen folgte das Sparpaket. Der dritte geübte Weg führt in wachsende Staatsverschuldung(die letztlich von der Bevölkerung zu bezahlen ist). Im Moment sind für rund 160 Milliarden Euro Schulden sieben Milliarden Euro Zinsen pro Jahr fällig. Das ist mehr als der Staat in Bildung und Verkehr investiert, mehr als der Zuschuss für ASVG- Pensionen ausmacht, mehr als die Staatskosten für Familienförderung. Auch der Verkauf von Staatseigentum zwecks kurzfristiger Finanzierung anderer Staatsaufgaben ist langfristig ein Schaden für den Sozialstaat.

Man sieht: **Wahlversprechen sind nur soviel wert wie ein genauer Finanzierungsplan sicherstellen kann**. Das Geld kommt entweder von der Masse der Bevölkerung oder von den zehn Prozent der Menschen die rund zwei Drittel des gesamten gesellschaftlichen Vermögens besitzen. Nun reden wahlwerbende Parteien von Vermögenszuwachssteuer, Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer.

Das führt zur dritten entscheidenden Frage: **Wie sollen die Finanzierungspläne durchgesetzt werden?** Jede zukünftige Parlamentspartei wird in der Minderheit sein. Also ist letztlich die Strategie der Durchsetzung der Finanzierungspläne entscheidend für die Verwirklichung der Wahlversprechen. Und da herrscht auffälliges Schweigen! Das ist kein Wunder- ist doch der Hinweis auf die fehlende parlamentarische Mehrheit die beste Ausrede für die Nichtverwirklichung der schönsten Versprechen. Und so mancher Politiker hofft klammheimlich, dass durch fehlende Einigkeit auf europäischer Ebene österreichische Forderungen sowieso nicht verwirklichbar sind.

Positiv formuliert: **Nur jene Partei, die auch eine Strategie für die Durchsetzung ihrer Finanzierungspläne vorschlagen kann, meint es mit der Umverteilung ernst.**

Und da schauen auch die radikalsten Wahlwerber schlecht aus!

In Österreich leben wir in einer Gesellschaft, in der zehn Prozent der Menschen zwei Drittel des gesamten gesellschaftlichen Vermögens besitzen. Das reichste Prozent davon hat mehr Vermögen (340 Milliarden Euro) als neunzig Prozent der Bevölkerung (317 Milliarden Euro).

An dieser Ausgangslage ist die Qualität der Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der breiten Masse zu beurteilen.

In der parlamentarischen Demokratie ist Umverteilung demokratisch durchsetzbar!

Aber sie ist es in der Realität der politischen Kräfteverhältnisse nur dann, **wenn die eine Umverteilung anstrebende Partei eine Strategie der Aktionseinheit verfolgt.**

Die Vermögensbesitzer haben in der Gesellschaft auf Grund ihres Reichtums gewöhnlich die Überhand. Wer echte Umverteilung von oben nach unten anstrebt, kann das nur im Rahmen einer Aktionseinheit, die über die eigenen Parteigrenzen hinausgeht, verwirklichen. Die Zusammenarbeit in der Frage muss natürlich schon im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen. Und das nicht nur weil die eigene Partei so bessere Chancen bei den Wahlen hat, sondern auch, weil sie durch die öffentliche Debatte im Wahlkampf andere Parteien in diese Richtung, also in eine Aktionseinheit drängt.

Wenn das Parlament mit Mehrheit eine echte Umverteilung verweigert, kommt die Stunde der **Zivilgesellschaft**. Sie und nur sie kann (hoffentlich in Zusammenarbeit mit Abgeordneten) **durch eine Volksabstimmung** auch die Interessensvertreter der Reichen im Parlament überwinden. **Eine Partei, die es mit ausreichender Umverteilung ernst meint, muss eine Volksabstimmung in der Steuerfrage im Auge haben.**

Wenn die reichsten zehn Prozent der Menschen in Österreich eine Vermögenssteuer von einem Prozent bezahlen, dann bräuchte das bereits sechs Milliarden Euro und damit die Finanzierung der Wahlversprechen.

Betrachtet man den Finanzbedarf des Staates über die Wahlversprechen hinaus, dann fällt sofort ins Auge, dass ASFINAG und ÖBB zusammen über 20 Milliarden Euro Schulden haben. Bis 2020 werden ihre Verbindlichkeiten auf 40 Milliarden Euro steigen. Die beiden Staatsunternehmen sind ausgegliedert. Die Schulden scheinen also im Budget nicht auf. Sie müssen trotzdem eines Tages von der Bevölkerung bezahlt werden.

Auch der infolge des Klimawandels notwendige Umbau der Volkswirtschaft erfordert große Investitionssummen. Schon jetzt kommen Unterlassungen teuer. Bis 2012 sind 531 Millionen Euro für den Kauf von Emissionszertifikaten zum Ausgleich für unterlassene Klimaschutzmaßnahmen verplant. Dieses Geld wirft der Staat praktisch beim Fenster hinaus! Durch die Verteuerung der Emissionsrechte wird es wahrscheinlich viel mehr sein. Der Geldmangel des Sozialstaates beim Umbau der Gesellschaft in Richtung mehr Ökologie schmerzt umso mehr, als die Krise der bisherigen Wirtschaftsweise auch eine große Chance ist. Wer rechtzeitig in mehr Ökologie investiert, ist langfristig auch rein finanziell ein Gewinner!

Zu guter Letzt sei noch darauf hingewiesen, dass Bildung, Pensionen und Gesundheit(auch Pflege) mehr Steuergeld brauchen werden.

Vergleicht man die mittelfristig notwendigen Staatseinnahmen mit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, dann sieht man erst wie unehrlich und unsachlich es in diesem Wahlkampf zugeht. Es wird der Zivilgesellschaft nicht erspart bleiben aus ihrer Mitte heraus eine **neue Wahlgemeinschaft** zu entwickeln. Dieser neue Zusammenschluss der Zivilgesellschaft muss in einer breiten Aktionseinheit auf eine Volksabstimmung in der Steuerfrage hinzielen um dem Sozialstaat jene finanziellen Mittel zu verschaffen die er in Zukunft brauchen wird. Ohne eine echte Umverteilung von oben nach unten wird das nicht gehen. Da Österreich ein Teil der Europäischen Union ist, wird diese Aktionseinheit von Anfang an auch europäische Verbindungen aufbauen müssen. Das wird umso leichter sein als die Aufgaben der Zukunft europaweit in die gleiche Richtung gehen.

Hans Kohlmaier, 11.09.08